



## Vorlage Stadtparlament

vom 9. August 2011

Nr. 3433

---

Brandschutz: Rechtliches

### Revision Feuerschutzreglement

#### Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Es wird ein revidiertes Feuerschutzreglement gemäss Beilage erlassen. Es untersteht dem fakultativen Referendum.

---

#### 1 Ausgangslage

Das Feuerschutzreglement (sRS 414.1, abgekürzt FSR) enthält, wo das kantonale Recht Spielraum für kommunale Bestimmungen offen lässt, die rechtsetzenden Grundlagen für die Organisation des städtischen Feuerwehrwesens. Die Organisation der Dienststelle Feuerwehr und Zivilschutz selbst ist im Organisationsreglement von Feuerwehr und Zivilschutz St.Gallen vom 21. Dezember 2010 (sRS 414.3, abgekürzt OrgaR FWZSSG) geregelt, welches der Stadtrat per 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt hat.

Das FSR bedarf verschiedener Aktualisierungen, die eine Totalrevision erforderlich machen. Die Änderungen betreffen die Zusammensetzung der Feuerschutzkommission, die Zuständigkeit des Stadtrats zur Festlegung des Sollbestands der städtischen Feuerwehr, die Umteilung von der Feuerwehrpflicht zur Abgabepflicht, die Befreiung bestimmter Zivilschutzdienstleistender von der Feuerwehrabgabe, die Harmonisierung mit dem geltenden Reglement über die Organisation von Feuerwehr und Zivilschutz sowie die Aufhebung des Kapitels betreffend Gebühren für besondere Massnahmen. Ausserdem ist die Feuerwehrabgabe dem aktuellen Finanzierungsbedarf, namentlich im Hinblick auf den geplanten Neubau Feuerwehr und Zivilschutz, anzupassen.



## **2 Erläuterungen zu den einzelnen Änderungen**

Im Rahmen der Totalrevision bleiben die nachfolgend nicht kommentierten Bestimmungen materiell unverändert. In der angefügten Synopse sind alle Änderungen im Detail nachvollziehbar.

### **2.1 Begriff Milizfeuerwehr**

Die Bezeichnung „Pflichtfeuerwehr“ wird im gesamten Reglement durch „Milizfeuerwehr“ ersetzt (Art. 2 Abs. 1, Art. 3 Ziff. 3, Art. 10). Die aktualisierte Bezeichnung entspricht der Terminologie im OrgaR FWZSSG.

### **2.2 Feuerschutzkommission**

Art. 2 Abs. 1: Die Zusammensetzung der Feuerschutzkommission in Art. 2 wird der aktuellen Organisation der Dienststelle Feuerwehr und Zivilschutz (FWZSSG) angepasst. Neu sind zusätzlich die Kommandanten der Berufs- und der Milizfeuerwehr stimmberechtigt vertreten. Bei den „weiteren Mitgliedern“ aus Reihen der Feuerwehr (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 4) entfällt die Beschränkung, dass diese der Milizfeuerwehr (früher: Pflichtfeuerwehr) angehören müssen. Sie sollen neu unter allen Angehörigen der Feuerwehr gewählt werden. Der Stadtrat nimmt auf Vorschlag der Feuerwehroffiziere die Wahl vor. Die Feuerschutzkommission ist mit diesen Anpassungen einverstanden. Bezüglich des Amtes für Baubewilligungen wird die aktuelle Funktionsbezeichnung ihrer Vertretung nachgeführt (Leiterin bzw. Leiter der Abteilung Bauaufsicht).

Art. 2 Abs. 2: Gemäss den kantonalen Vorgaben wird in Abs. 2 auch der Aktuar erwähnt.<sup>1</sup> Es erscheint sinnvoll, dafür die Leitung der Abteilung Dienste Feuerwehr und Zivilschutz, die gemäss Art. 23 OrgaR FWZSSG für die Administration zuständig ist, vorzusehen.

### **2.3 Organisation der Feuerwehr**

Art. 3 Ziff. 1 und 3: In Art. 3 werden die Formulierungen jenen des geltenden OrgaR FWZSSG angeglichen.

Art. 4: Gestützt auf das kantonale Recht<sup>2</sup> und im Einklang mit der bisherigen Praxis bestimmt Art. 4, dass der Stadtrat den Sollbestand der Formationen der Berufs- und Milizfeuerwehr festlegt und damit die Grundlage für die Einsatzbereitschaft schafft.

Art. 5: Angehörige der Berufsfeuerwehr sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Der Beamtenstatus für Angehörige der Berufsfeuerwehr gilt bereits seit den 1990er Jahren nicht mehr. Dies wird im Reglement angepasst.

---

<sup>1</sup> Vgl. Art. 1 Abs. 2 VVzFSG.

<sup>2</sup> Vgl. Art. 31 Abs. 1 FSG und Art. 53 VVzFSG.



## 2.4 Feuerwehrpflicht

Art. 7: Gemäss kantonalem Recht bestimmt die Feuerschutzkommission, wer dienst- und wer abgabepflichtig ist. Sie berücksichtigt dabei berufliche und persönliche Verhältnisse.<sup>3</sup> Die Situation kann sich im Laufe der Zeit ändern, so dass eine Umteilung notwendig wird. Dafür schafft der neue Art. 7 die Rechtsgrundlage.

Art. 9 Abs. 3: Die politische Gemeinde kann gestützt auf Art. 38 Abs. 1 lit. b FSG durch Reglement Personen, die in einer dem Bevölkerungsschutz dienenden Milizorganisation Dienst leisten, ganz oder teilweise von der Feuerwehrpflicht befreien, wenn die Belastung derjenigen einer aktiv Feuerwehrdienst leistenden Person entspricht. Dabei wird der politischen Gemeinde ein gewisses Ermessen eingeräumt. Die Zivilschutzpflichtigen bis zum vollendeten 30. Altersjahr leisten ihren Dienst anstelle von Militärdienst und können durch ihre Zivilschutz-Dienstleistungen eine Reduktion des Militärpflichtersatzes erwirken. Anders ist es bei den Pflichtigen zwischen 30 und 40 Jahren, welche nicht mehr militärdienstpflichtig sind, und bei den über 40-Jährigen, welche weiterhin freiwillig Zivilschutz leisten und oft Kaderfunktionen ausüben. Da die Rekrutierung von geeigneten Personen im mittleren und oberen Kader des Zivilschutzes schwierig ist, soll mit der Befreiung von der Feuerwehrabgabe im neuen Art. 9 Abs. 3 ab dem 30. Altersjahr ein finanzieller Anreiz geschaffen werden. Das kantonale Amt für Feuerschutz hat unter Berücksichtigung der kantonsweit üblichen und im Mehrjahresvergleich durchschnittlichen Arbeitsbelastung von Feuerwehrangehörigen eine minimale Arbeitsbelastung von 100 Stunden im Jahr als Vergleichswert ermittelt. Ein Einsatztag im Zivilschutz entspricht einer Arbeitszeit von 10 Stunden. Für Kader dauert der Einsatztag wegen der notwendigen Vorbereitung und Rapporte in der Regel länger. Wer 10 Einsatztage im Jahr leistet, erreicht damit die geforderten minimal 100 Stunden.

Art. 10: In Art. 10 betreffend Entschädigung der Milizfeuerwehr werden formale Anpassungen vorgenommen. Zum einen wird, weil es sich um einen Ausfluss der Feuerwehrpflicht handelt, auf eine eigene Überschrift verzichtet. Zum anderen wird der Hinweis auf die Detailkompetenz des Stadtrats in die Vollzugsbestimmungen in Art. 12 überführt.

## 2.5 Gebühren für besondere Massnahmen

Das bisherige Kapitel „Gebühren für besondere Massnahmen“ wird aufgehoben. Weder die Stadt St.Gallen noch andere Gemeinden im Kanton haben von der seit 1991 bestehenden Möglichkeit, Bauten und Anlagen Gefährdungsklassen zuzuteilen und vom Inhaber Gebühren für die Bereitstellung besonderer Massnahmen zu erheben,<sup>4</sup> Gebrauch gemacht. Finanziell würde diese keine nennenswerten Auswirkungen auf das Feuerwehrbudget haben. Es

---

<sup>3</sup> Art. 34 Abs. 3 FSG.

<sup>4</sup> Vgl. Art. 125 ff. VwZFSG.



würde allenfalls zu einer geringfügigen Umlagerung gegenüber der allgemeinen Feuerwehrabgabe kommen. Administrativ und auch im Hinblick auf die Rechtssicherheit wären mit einem solchen Schritt indessen Schwierigkeiten verbunden. Das kantonale Amt für Feuerchutz anerkennt, dass den Gemeinden die Festlegung und Begründung der Gefährdungsklassen Probleme bereitet und ist mit der Aufhebung einverstanden.

## **2.6 Finanzierung der Feuerwehr**

Art. 11 Abs. 2 und Anhang: Alle Einwohnerinnen und Einwohner sind vom vollendeten 20. bis zum vollendeten 50. Altersjahr in ihrer Wohnsitzgemeinde feuerwehrpflichtig. Feuerwehrpflichtige, die weder Feuerwehrdienst leisten noch mit einem Ehepartner oder einem Partner, der Feuerwehrdienst leistet, in ungetrennter Ehe oder in ungetrennter Partnerschaft leben, haben in der Wohnsitzgemeinde eine jährliche Feuerwehrabgabe zu entrichten. Sie wird vom steuerpflichtigen Einkommen erhoben. Die Feuerwehrabgabe beträgt höchstens CHF 700 pro Jahr. Sie wird nicht erhoben, wenn sie weniger als CHF 30 beträgt. Die politische Gemeinde legt den Tarif fest.<sup>5</sup>

Art. 39 FSG bestimmt, dass die Einnahmen aus der Feuerwehrabgabe ausschliesslich für Aufgaben nach dem FSG, d.h. die laufenden Ausgaben, Schuldentilgung und Reservebildung, verwendet werden dürfen.<sup>6</sup> Die Stadt hat für die Feuerwehr eine Spezialfinanzierung eingerichtet und mit Art. 11 FSR (bisher: Art. 13) die Bestimmung geschaffen, dass die Einnahmen der Feuerwehr die Aufwendungen decken sollen. Das Stadtparlament passt die Feuerwehrabgabe regelmässig dem aktuellen Reservebildungsbedarf der Spezialfinanzierung der Feuerwehr an, zuletzt im Jahr 2008.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. Art. 34 Abs. 1 und Abs. 2 lit. b, Art. 35 Abs. 1 sowie Art. 37 Abs. 1 und 2 FSG; Art. 66 Abs. 1 VVzFSG.

<sup>6</sup> Vgl. Botschaft und Entwurf des Regierungsrates zum Nachtragsgesetz über den Feuerschutz vom 31. Oktober 1989 (ABI 1990, 18); Schreiben Amt für Gemeinden zur Erhebung der Feuerwehrabgaben vom 6. Februar 2008.

<sup>7</sup> Vgl. Vorlage Nr. 4510 vom 24. Juni 2008.



*Übersicht Feuerwehrabgabe: Entwicklung von Tarif und Ertrag seit 1993*

Jahr	Maximalbetrag CHF	Steuerfuss in %	Ertrag in 1'000 CHF	Ausgleichskonto 31.12.
1993	350	15	4'998	1'257'048
1994	350	15	4'993	2'251'541
1995	350	12	4'463	2'521'475
1996	350	12	4'431	2'300'940
1997	350	12	4'333	2'077'258
1998	350	12	4'300	1'982'980
1999	350	12	4'120	1'634'568
2000	350	12	4'159	1'538'836
2001	350	12	4'104	951'256
2002	350	12	4'490	577'672
2003	350	15	4'886	230'608
2004	500	15	7'366	2'682'036
2005	500	15	6'339	4'098'932
2006	500	15	6'260	5'308'483
2007	500	15	6'425	6'984'490
2008	500	15	6'839	8'732'226
2009	500	10	6'027	9'402'976
2010	500	10	5'739	10'073'725

Die Feuerwehrabgabe beträgt gemäss Anhang zum FSR bisher 10 Prozent der einfachen Steuer vom Einkommen. Das Maximum wurde auf CHF 500 festgelegt. Damit fliessen pro Jahr, abhängig vom jeweiligen steuerpflichtigen Einkommen der Feuerwehropflichtigen, etwa CHF 5,7 Mio. in die Spezialfinanzierung Feuerwehr. Ende 2010 befanden sich darin Reserven in Höhe von gut CHF 10 Mio.

Um die Kosten für den Anteil Feuerwehr am vorgesehenen Neubau des Depots Feuerwehr und Zivilschutz finanzieren zu können, muss die Feuerwehrabgabe erhöht werden.<sup>8</sup> Bei einer Anhebung der Feuerwehrabgabe auf den kantonal geregelten Maximalbetrag von CHF 700 und gleichzeitiger Erhöhung des Abgabensatzes auf 12 Prozent der einfachen Steuer vom Einkommen würden die jährlichen Einnahmen auf etwa CHF 6,8 Mio. zunehmen. Gemäss Modellrechnungen wäre so ein solides Finanzierungsmodell für den Teil Feuerwehr des Neubaus gewährleistet. Durch die Anhebung von sowohl Maximalbetrag als auch Beitragsgrenze werden alle feuerwehropflichtigen Bevölkerungsgruppen gleichermassen an die Fi-

---

<sup>8</sup> Zudem wird voraussichtlich ein Beitrag aus dem allgemeinen Haushalt erforderlich sein. Für aussergewöhnliche Investitionen ist ein solcher im Einklang mit Art. 11 Abs. 1 FSR möglich. Der Stadtrat wird zu gegebener Zeit einen entsprechenden Beitrag prüfen.



finanzierung des Neubaus beitragen. Da auch alle von einer modernen und zweckmässigen Infrastruktur der Feuerwehr profitieren, erscheint dies angemessen.

Art. 11 Abs. 3: Hier wird die Formulierung an Art. 37 FSG angepasst, der vor dem Hintergrund des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare<sup>9</sup> erweitert wurde.

## **2.7 Schlussbestimmungen**

Art. 12: In Art. 12 werden alle Fälle zusammengefasst, in denen der Stadtrat Vollzugsvorschriften erlässt. Über die Ausrüstung entscheidet die Feuerwehr in Absprache mit dem Amt für Feuerschutz auf der Grundlage von Art. 93 ff. VVzFSG. Der Stadtrat hat dazu kein eigenes Ausführungsreglement erlassen. Somit kann der Begriff „Ausrüstung“ gestrichen werden. Das OrgaR FWZSSG regelt die Grundausbildung und das Jahresausbildungsprogramm. Der Begriff „Übungen“ wird durch den umfassenderen Begriff „Ausbildung“ ersetzt. Zur Entschädigung der Milizfeuerwehr siehe die Ausführungen zu Art. 10 (vgl. Ziff. 2.4).

Art. 14 Abs. 2: Hier wird der Ingress des OrgaR FWZSSG der Neufassung des FSR angepasst.

Art. 15: Die Genehmigungspflicht durch das zuständige kantonale Departement entfällt infolge der Totalrevision des Gemeindegesetzes<sup>10</sup> und wird daher gestrichen.

Der Stadtpräsident:

Scheitlin

Der Stadtschreiber:

Linke

Beilagen:

- Feuerschutzreglement (sRS 414.1)
- Synopse

zu benachrichtigen:

- Amt für Feuerschutz des Kantons St.Gallen, Davidstrasse 37, 9001 St.Gallen
- Mitgliedsgemeinden der RBSK

---

<sup>9</sup> SR 211.231.

<sup>10</sup> sGS 151.2.

